



Nr. 159 / 26.05.2023

Heizreform – Pläne spalten die Gesellschaft – und die „Ampel“

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

heute werden noch rund 75 Prozent, also drei Viertel, aller Gebäude hierzulande fossil beheizt mit Öl oder Erdgas. Es ist unbestritten, dass gerade der Gebäudesektor viel dazu beitragen kann und muss, klimaneutral zu werden. Allerdings geht das nicht alles mit der Brechstange von heute auf morgen. Womit wir beim Heizungsgesetz der „Ampel“ wären. Der Gesetzentwurf von Minister Habeck ist eine Katastrophe – sagt nicht nur die Opposition, sondern sagen auch immer mehr Abgeordnete der „Ampel“-Koalition, und zwar wortwörtlich!

Mit dem Gebäudeenergiegesetz möchte die Bundesregierung einen großen Schritt beim Thema Klimaschutz machen. Doch sieht man sich die aktuelle Situation an, haben die „Ampel“-Demokraten genau das Gegenteil bewirkt: Derzeit melden Heizungsbaubetriebe und -verbände einen rekordverdächtigen Run auf fossile Heizungen; mehr als 180.000 Öl- und Gasheizungen sind in den zurückliegenden Wochen seit dem Bekanntwerden von Habecks Plänen bestellt worden! Dem Klimaschutz ist damit überhaupt nicht geholfen. Zudem sind die Preise für Wärmepumpen stark gestiegen. Die „Ampel“ erreicht mit ihrer Wärmewende genau das Gegenteil von dem, was sie bezwecken möchte.

Kein Wunder, denn dieses völlig vermurkste Gesetz verunsichert die Menschen in unserem Land massiv. Die Mehrheit der Deutschen fühlt sich von den „Ampel“-Plänen zum Klimaschutz überfordert. Der Dauerstreit in der „Ampel“ über das Heizungsgesetz, die chaotische Kommunikation und die zahlreichen Unklarheiten sorgen für Frust und Verdruss. Selbst in großen Teilen der Mittelschicht ist die Sorge groß, dass man von den Mehrkosten überfordert sein könnte.

Wirtschaftsminister Robert Habeck ist angezählt, nicht erst seit der erzwungenen Entlassung seines Staatssekretärs Graichen. Dass vor allem die Grünen an ihren verkorksten Plänen stur festkleben und diese noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause durch den Bundestag peitschen wollen, macht die Sache noch schlimmer. Wenn die Pläne nicht praktikabel und bezahlbar sind, dann werden sie keine Akzeptanz finden in der Bevölkerung. Klimaschutz gegen die Menschen wird keinen Erfolg haben – und so wird uns das auch kein anderes Land nachmachen. Doch ohne Nachahmer weltweit ist das Klima nicht zu retten. Es braucht Zuversicht statt Verzicht und Verbote!

Und damit es nicht heißt, wir als Opposition würden nur die Regierung kritisieren: Wir haben schon vor Monaten unsere Vorschläge für eine technologieoffene und sozialverträgliche Wärmewende eingebracht, und zwar nach dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ statt „Verbieten und Verordnen“.

Mit ihrem Heizungsgesetz will die „Ampel“ bis zum Jahr 2030 rund 42 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Studien zeigen: Ließen wir die drei zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke bis 2030 laufen, würde mindestens genauso viel CO₂ gespart, denn der Strom kommt derzeit ja zu einem beträchtlichen Teil aus der Kohleverbrennung. Doch anders als bei Habecks Heizungshammer würden hierfür keine neuen, milliardenteuren Förderprogramme benötigt. Es ist doch grotesk: Zuerst will man durch politische Entscheidungen etwas deutlich teurer machen – wodurch dann plötzlich viele auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind...

Der Normenkontrollrat hat der Bundesregierung geraten, wegen Zweifeln an der Praxistauglichkeit der Regelungen das Inkrafttreten des Gesetzes zu verschieben. Es wäre auch richtig, die Übergangsfristen deutlich zu verlängern, um Planungssicherheit zu schaffen und Druck rauszunehmen. Die „Ampel“ sollte das Gesetz stoppen und komplett neu anfangen; auch renommierte Klimaforscher raten dazu. Ob das umstrittene Gebäudeenergiegesetz schon am Jahresanfang 2024 in Kraft tritt oder ein halbes/ganzes Jahr später, ist nicht entscheidend. Wichtig ist vor allem: Das Gesetz muss bezahlbar und praktikabel sein. Dafür setzen wir uns ein!

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB